

Niederschrift

über die am **Donnerstag, dem 05.02.2026** um **19:00 Uhr** im **Sitzungssaal** des **Gemeindeamtes Parndorf** abgehaltene **öffentliche Sitzung** des **GEMEINDERATES**:

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:52 Uhr

<u>Anwesend:</u>	Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs	LIPA
	Vizebürgermeister Ing. Wolfgang Daniel	LIPA
	Gemeindevorstand Michael Boschner	LIPA
	Gemeindevorstand Paul Czerwenka	LIPA
	Gemeinderätin Eva Nebenmayer	LIPA
	Gemeinderat Franz Huszar	LIPA
	Gemeinderat Ing. Thomas Trenker	LIPA
	Gemeinderat Ing. Wolfgang Kment	LIPA
	Gemeinderat Felix Fuchs	LIPA
	Gemeinderat Stefan Vestl	LIPA
	Gemeinderat Reinhold Hermann	LIPA
	Gemeinderat Mario Wittek	LIPA
	Gemeinderätin Petra Kovacs	LIPA
	Gemeindevorstand Michael Koss	SPÖ
	Gemeindevorstand Christian Znidaric	SPÖ
	Gemeinderat Mag. Stefan Wallentich	SPÖ
	Gemeinderat Yakup Atalay	SPÖ
	Gemeindevorstand Franz-Peter Bresich, MA	ÖVP
	Gemeinderätin Martina Hersich	ÖVP
	Gemeinderat Ing. Jakob Skodler	ÖVP
	Gemeinderat Markus Aigelsreiter	FPÖ
	Gemeinderat Michael Lidy	SPÖ
	E. § 15a Gemeinderat Thomas Sammer	SPÖ
	E. § 15a Gemeinderat Ortner Christian	LIPA

Abwesend: Gemeinderat Erwin Lippert und Gemeinderat Matthias Gutdeutsch, beide SPÖ, Gemeinderat Sascha Kovacs, LIPA, sind der Sitzung entschuldigt ferngeblieben.

Schriftführerin: Sigrid Kopp, Amtsleiterin

Der vorsitzende Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs begrüßt die erschienenen Gemeindevertreter und eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße elektronische Einberufung der Sitzung am 26.01.2026 und die Beschlussfähigkeit fest.

Begläubiger dieser Niederschrift: Gemeinderat Ing. Thomas Trenker
Gemeindevorstand Franz-Peter Bresich

Den Gemeinderatsmitgliedern ist mit der Einladung nachstehende Tagesordnung zugegangen:

Tagesordnung:

- 1.) PROTOKOLLE der Sitzungen vom 11.12.2025
- 2.) GEMEINDERAT
 - a) Mandatsende Gemeinderatsmitglied
 - b) Nachbesetzung und Angelobung Gemeinderatsmitglied und Ersatzmitglied §15a
- 3.) FLÄCHENWIDMUNGSPLAN 18. Änderung, Gewerbeerweiterung Masterplan WBN
- 4.) WERBESCHILD, Nutzungsvertrag, Firma Dehner Gartencenter GmbH & Co KG
- 5.) SERVITUTSVERTRAG, Grundstücksnummer 2712/1
- 6.) NETZ BURGENLAND GmbH
 - a) Dienstbarkeitsvertrag und Sondernutzung, Trafo Triebweg, Grundst.Nr. 2196 EZ 1
 - b) Dienstbarkeitsvertrag, Grundstücksnummer 2712/1 und 2713/1, EZ 209, Niederspannungskabel, Trafo Gmajna
 - c) Sondernutzung, Grundstücksnummer 479 EZ 1
- 7.) BE TECHNOLOGY GmbH, Dienstbarkeitsvertrag LWL-Infrastruktur, Grundst. Nr. 2178/3, 2161/4 EZ 1
- 8.) GRUNDBUCHSRICHTIGSTELLUNG, Grundstücksnummer 136/2, 137 und 148/1
- 9.) DEPONIE Neudorf, Grundsatzbeschluss
- 10.) WASSERLEITUNGSVERBAND Nördliches Burgenland, Übereinkommen, Grundst.Nr. 1785/316 EZ 2732
- 11.) KINDERGÄRTEN, Bedarfs- und Entwicklungskonzept 2026
- 12.) Communityhub Parndorf Grundsatzbeschluss Evaluierung
- 13.) BERICHTE
 - a) Bauausschuss vom 13.01.2026
 - b) Prüfungsausschuss vom 22.01.2026
 - c) Verein Dialogforum vom 28.11.2025
- 14.) Erweiterung befristete Bausperre, Verordnung
- 15.) BAUANGELEGENHEITEN
 - a) Neudorferstraße 44
 - b) Hauptstraße 84
- 16.) FLUGHAFENSPANGE, Stellungnahme Gemeinde zum Umweltverträglichkeitsgutachten
- 17.) PERSONALANGELEGENHEITEN, Kindergarten Zieselweg, Verlängerung befristetes Dienstverhältnis
- 18.) STELLENVERGABE Gemeindearbeiter
- 19.) Allfälliges

15.) BAUANGELEGENHEITEN b) Hauptstraße 84 , wird vom Vorsitzenden von der Tagesordnung gestrichen.

Der Vorsitzende stellt mehrere Anträge, die Tagesordnungspunkte wie folgt zu erweitern, zu ändern beziehungsweise zu ergänzen:

- 6.) NETZ BURGENLAND GmbH, a) Dienstbarkeitsvertrag und Sondernutzung, Trafo klein Häuslerhana, Grundst.Nr. 2196 EZ 1
- 10.) WASSERLEITUNGSVERBAND Nördliches Burgenland, Übereinkommen a) Grundstück Nr. 1785/316 EZ 2732, b) Grundstück Nr. 1785/271, EZ 2128
- 19.) VERGABE Gemeindewohnung, Hauptstraße 52a/1/1

Die Punkte 17. bis 19. werden nicht öffentlich behandelt. Allfälliges wird Tagesordnungspunkt 20.

Der Gemeinderat stimmt dieser Erweiterung und den Änderungen einstimmig zu.

Danach wird mit der Beratung begonnen.

TOP 1. PROTOKOLLE der Sitzungen vom 11.12.2025 (Audio 00:04:00 – 00:05:30)

Die Protokolle der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen vom 11.12.2025 werden mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

Stimmhaltung durch Michael Ortner, da er bei dieser Sitzung nicht anwesend war.

TOP 2. GEMEINDERAT(Audio 00:05:30 – 00:09:40)

a) Mandatsende Gemeinderatsmitglied

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs erklärt, dass das Gemeinderatsmitglied Lisa Gojakovich auf ihr Gemeinderatsmandat mit 12.12.2025 verzichtet und gleichzeitig um Streichung aus der Liste der Ersatzmitglieder ersucht hat.

Ab 20.10. 2022 war sie Ersatzmitglied im Mobilitätsausschuss und Berufungsausschuss.

b) Nachbesetzung und Angelobung Gemeinderatsmitglied und Ersatzmitglied §15a

Auf das freigewordene Mandat aus der Reihe der Ersatzmitglieder wird von der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See, Zahl: 2023-003.741-15/15, Michael Lidy, geb. 1996, wohnhaft in 7111 Parndorf, Am Teich 21/Stg.3/Top 4, als Gemeinderatsmitglied berufen.

Herr Dieter Kooz (SPÖ), geb. 1977, wohnhaft in 7111 Parndorf, Neusiedlerstraße 4, hat mit Schreiben vom 24.01.2026 mitgeteilt dass er auf eine allfällige Berufung auf das freigewordene Mandat als § 15a Ersatzmitglied verzichtet.

Als Ersatzgemeinderatsmitglied gem. § 15a GemO wird aus der Reihe der Ersatzmitglieder Thomas Sammer, geboren 1979, wohnhaft in 7111 Parndorf, Franz Liszt-Gasse 32/5/7 berufen.

Gemäß §91 Abs. 2 der Burgenländischen Gemeindeordnung bleibt Dieter Kooz auf der Liste der Ersatzmitglieder.

Gemäß § 18 der Burgenländischen Gemeindeordnung haben Gemeinderatsmitglieder das vorgeordnete Gelöbnis in die Hand des Bürgermeisters abzulegen. Deshalb verliest der Bürgermeister folgende Angelobungsformel:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie die Gesetze der Republik Österreich und des Landes Burgenland gewissenhaft zu beachten, meine Aufgabe unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Hierauf antworten Lidy Michael und Thomas Sammer unter Leistung eines Handschlages in die Hand des Bürgermeisters „Ich gelobe!“.

Danach nimmt Thomas Sammer als § 15a Ersatzgemeinderat anstelle des entschuldigenden Gemeinderat Erwin Lippert an der Gemeinderatssitzung teil.

Durch die Veränderungen im Gemeinderat müssen auch zwei Positionen in den Ausschüssen durch die SPÖ geändert werden:

Mobilitätsausschuss

Michael Lidy wird als neues Ersatzmitglied im Mobilitätsausschuss genannt.

Berufungsausschuss

Michael Lidy wird als neues Ersatzmitglied für den Berufungsausschuss genannt.

TOP 3. FLÄCHENWIDMUNGSPLAN 18. Änderung, Gewerbeerweiterung Masterplan WBN

(Audio 00:09:40-00:18:00)

Der Gemeinderat hat vor zwei Jahren der WBN die grundsätzliche Zustimmung zur Erweiterung des Gewerbegebiets im Bereich zwischen der Autobahn A4 und dem Betriebsgebiet Neusiedl am See der LVA signalisiert. Daraufhin hat die WBN die betreffenden Grundstücke aufgekauft.

Die Verkehrsflächen sind im vorliegenden Masterplan bewusst gering gehalten, die bestehende Grünzone bleibt weitgehend erhalten. Erfahrungen aus den ersten Betriebsgebieten sollen einfließen, etwa hinsichtlich Gestaltung des Radweges oder dass mehr Bäume im Straßenraum vorgesehen werden. Viele Themen wurden bereits in Vorbesprechungen behandelt.

Gegenstand der heutigen Sitzung ist ausschließlich der Start der 18. Flächenwidmungsplanänderung und die Aufnahme des Projekts. Der entsprechende Vertrag soll anschließend in einer Arbeitsgruppe des Gemeinderats ausgearbeitet werden.

Die 17. Flächenwidmungsänderung wird voraussichtlich Mitte des Jahres abgeschlossen sein. Die 18. Änderung kann gemäß neuer Richtlinien parallel gestartet werden.

Das Kanalprojekt stellt eine besondere Herausforderung dar: Eine Einleitung nach Neusiedl am See ist laut Abwasserverband nicht möglich, daher muss der Kanal unter der Autobahn durchgeführt und ins Parndorfer Betriebsgebiet geführt werden. Für das Projekt liegt die Zustimmung des Abwasserverbandes (AWVB) für zusätzliche 1.000 Einwohnergleichwerte vor, deren Kosten von der WBN zu tragen sind. Die Kosten für diese 1.000 Einwohnergleichwerte betragen rund 430.000 Euro und decken ausschließlich die Großkläranlage ab; weitere Kosten können hinzukommen.

Vorerst geht es um die Einleitung der 18. Änderung des Flächenwidmungsplans und den dafür notwendigen Grundsatzbeschluss. Der nächste Schritt ist die Beauftragung des Raumplaners.

Mario Wittek, Michael Koss, Markus Aigelsreiter und Martina Hersich stellen den gleichlautenden Antrag, der Erweiterung der Gewerbefläche für das beabsichtigte Gebiet sowie der Einleitung der 18. Änderung des Flächenwidmungsplanes zuzustimmen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Der Masterplan ist als Beilage A dem Protokoll beigelegt.

Ing. Jakob Skodler war bei der Abstimmung nicht im Raum.

TOP. 4 WERBESCHILD, Nutzungsvertrag, Firma Dehner Gartencenter GmbH & Co KG (Audio 00:18:00-00:20:00)

Der Vorsitzende berichtet, dass die Firma Dehner Gartencenter GmbH & Co KG um die Aufstellung von vier Werbeschildern auf Leuchten im Betriebsgebiet angesucht hat. Grundsätzlich sollen Werbeflächen im Gemeindegebiet ausschließlich Parndorfer Betrieben vorbehalten bleiben und nicht an konkurrierende Unternehmen vergeben werden. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es bereits Anfragen von Apotheken aus Neusiedl gab. Die Firma Dehner steht jedoch in Parndorf in keiner Konkurrenzsituation.

Die Werbeelemente werden auf Lichtmasten im Outlet Center und entlang des Industriezentrum-Kälberweide angebracht. Hierzu gibt es eine gültige Verordnung, die die möglichen Masten definiert.

Ing. Wolfgang Daniel, Michael Koss, Markus Aigelsreiter und Martina Hersich stellen den gleichlautenden Antrag, dem Abschluss eines Nutzungsvertrags mit der Firma Dehner Gartencenter GmbH & Co KG für die Nutzung von 4 Tragwerken zur Anbringung einer (beidseitig) eigenen Werbeaufschrift zuzustimmen. Der Gemeinderat beschließt einstimmig entsprechend der Anträge. Der genannte Nutzungsvertrag ist dem Protokoll in Kopie beigelegt.

Ing. Jakob Skodler war bei der Abstimmung nicht im Raum.

TOP. 5. SERVITUTSVERTRAG, Grundstücksnummer 2712/1 (Audio 00:20:00-00:21:00)

Für die Verlegung einer Wasserleitung im Bereich Triebweg soll ein Servitutsvertrag abgeschlossen werden. Die Leitung wird über das gemeindeeigene Grundstück Nr. 2712/1 geführt, da dies den kürzesten Anschlussweg zur landwirtschaftlichen Halle von [REDACTED] darstellt. Der Weg ist derzeit nicht befestigt. Beide betroffenen Grundeigentümer erteilen ihre Zustimmung zur Einräumung der Dienstbarkeit. Der erforderliche Wasseranschlussschacht befindet sich auf Gemeindeground und von dort räumlich auch beginnend verlaufen die Versorgungsleitung hinsichtlich Wasser im Erdreich der weiteren betroffenen Grundeigentümer.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig aufgrund der gleichlautenden Anträge von Eva Nebenmayer, Franz Peter Bresich, Michael Koss und Markus Aigelsreiter den Servitutsvertrag 1337/25/A, erstellt von den öffentlichen Notaren Mag. Holler und Mag. Preschitz Partnerschaft, 7100 Neusiedl am See.

Der genannte Servitutsvertrag ist dem Protokoll in Kopie beigelegt.

Ing. Jakob Skodler war bei der Abstimmung nicht im Raum.

TOP. 6. NETZ BURGENLAND GmbH (Audio 00:44:00-00:29:00)

a) Dienstbarkeitsvertrag und Sondernutzung, Trafo Klein Häuslerhana, Grundstück Nr. 2196 EZ 1

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Vizebürgermeister Ing. Daniel. Dieser bringt vor, dass die Netz Burgenland GmbH das dingliche Recht der Dienstbarkeit auf dem Grundstück Nummer 2196, EZ: 1 (beim alten Bahnhof – Tierheim hinaus) für die Erweiterung der Gasregelstation (Biomethanleitung Einspeisung in das Ortsnetz) samt Verdichteranlage beantragt hat. Ein Baum muss gefällt werden und eine Ersatzpflanzung erfolgen.

Es wird vereinbart, dass die Leitungsanlage auf deren Kosten errichtet beziehungsweise verlegt wird und das genannte Grundstück innerhalb des festgelegten Servitutsstreifens mit oben genannten Leitungen durchquert wird. Daraufhin beschließt der Gemeinderat einstimmig nach den gleich lautenden Anträgen von Ing. Wolfgang Daniel, Michael Koss, Markus Aigelsreiter und Franz-Peter Bresich den vorgelegten Dienstbarkeitsvertrag und die Erteilung der Benützung von öffentlichem Gut.

Der gegenständliche Vertrag bildet einen wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses und wird dem Protokoll als Kopie beigelegt.

b) Dienstbarkeitsvertrag, Grundstücksnummer 2712/1 und 2713/1, EZ 209, Niederspannungskabel, Trafo Gmajna

Vizebürgermeister Ing. Daniel bringt vor, dass die Netz Burgenland GmbH das dingliche Recht der Dienstbarkeit auf dem Grundstück Nummer 2712/1, EZ: 209 und dem privaten Grundstück Nummer: 2713/1 EZ 209 beantragt hat.

Im Bereich des Triebwegs wurde eine 400-Volt-Ortsnetzleitung verlegt. Am Leitungsende ist die Installation eines zusätzlichen Transformators vorgesehen. Der Standort des Trafos wurde in Abstimmung mit dem Bauhof festgelegt, da er an dieser Stelle den Betriebsablauf am wenigsten beeinträchtigt und die Pumpen dort problemlos gezogen werden können.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig nach den gleich lautenden Anträgen von Ing. Wolfgang Daniel und Michael Koss den vorgelegten Dienstbarkeitsvertrag.

Der gegenständliche Vertrag bildet einen wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses und wird dem Protokoll als Kopie beigelegt.

c) Sondernutzung, Grundstücksnummer 479 EZ 1

Vizebürgermeister Ing. Daniel informiert, dass neben der Verlegung der Leitungen im Bereich Triebweg der Vorgang auch das Grundstück selbst betrifft.

Aus diesem Grund wird seitens der Netz Burgenland GmbH um die Erteilung einer Sondernutzung zur Benützung von öffentlichem Gut ersucht (Bereich Triebweg)

Daraufhin beschließt der Gemeinderat einstimmig nach den gleich lautenden Anträgen von Ing. Wolfgang Daniel, Michael Koss, Markus Aigelsreiter und Franz-Peter Bresich die Erteilung der Benützung von öffentlichem Gut, Grundstück Nummer 479 zur Verlegung des Niederspannungserdkabels.

TOP. 7. BE TECHNOLOGY GmbH, Dienstbarkeitsvertrag LWL-Infrastruktur, Grundst. Nr. 2178/3, 2161/4 EZ 1 (00:29:00-00:31:00)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs bringt vor, dass die BE Technology GmbH auf den Grundstücken 2178/3 und 2161/4, EZ 1 die Lichtleiterverbindung und Datenkabel in dort bereits verlegten Rohre reinblasen möchte. Die Baustelle befindet sich beim Pado-Einkaufszentrum entlang eines Feldweges.

Daraufhin beschließt der Gemeinderat einstimmig nach den gleich lautenden Anträgen von Ing. Thomas Trenker und Michael Koss den vorgelegten Dienstbarkeitsvertrag.

Der gegenständliche Vertrag bildet einen wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses und wird dem Protokoll als Kopie beigelegt.

TOP. 8. GRUNDBUCHSRICHTIGSTELLUNG, Grundstücksnummer 136/2, 137 und 148/1

(Audio 00:31:00-00:34:00)

Bürgermeister Ing. Kovacs erinnert daran, dass die Thematik bereits seit vielen Jahren innerhalb der Gemeinde immer wieder behandelt wurde. Im Jahr 2020 hat der Gemeinderat die Verordnung zur Grundstücksregulierung gemäß der Vermessungsurkunde von Dipl.-Ing. Senftner beschlossen.

Aufgrund der bisherigen, ungewöhnlichen Grundstücksaufteilung wäre es theoretisch möglich gewesen, dass ein Eigentümer nicht in seine Garage einfahren kann und der andere sein Wohnhaus nicht ordnungsgemäß betreten kann. Die nun vorliegende Regelung stellt daher eine notwendige Bereinigung der Grundstücksverhältnisse dar.

Der gleichlautende Antrag der Mandatare Eva Nebenmayer, Michael Koss, Markus Aigelsreiter und Martina Hersich auf Annahme der vorliegenden Eigentumsanerkennungsurkunde sowie der Grundbuchsberichtigungsurkunde, erstellt von Notar Dr. Christian Mayer, 7100 Neusiedl am See : 1363/2025/C/em, wird einstimmig beschlossen.

Der gegenständliche Vertrag bildet einen wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses und wird dem Protokoll als Kopie beigelegt.

TOP. 9. DEPONIE Neudorf, Grundsatzbeschluss (00:34:00-00:56:00)

Der Bürgermeister berichtet über das gemeinsame Treffen von Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden Neudorf und Parndorf.

Die Gemeinde Parndorf verfügt derzeit nur über einen kleinen Teil der relevanten Projektinformationen. Der Entwurf eines Beschlusses zum gegenständlichen Projekt wurde von Mag. Stefan Wallentich ausgearbeitet. Der Bürgermeister hat ein Begleitschreiben beigelegt, in dem die Pannonia eine Tochterfirma der PORR, um ein gemeinsames Treffen ersucht. Im Gemeindeamt selbst liegen jedoch keine Projektunterlagen auf, daher ergibt ein Treffen vorerst auch keinen Sinn. Ein Grundsatzbeschluss muss daher ohne vollständige Unterlagen gefasst werden. Der vorliegende Entwurf enthält daher auch überwiegend allgemeine Formulierungen.

Gemeindevorstand Michael Koss weist darauf hin, dass er Umweltgemeinderätin Eva Nebenmayer Unterlagen übergeben hat. Aber auch er verfügt nicht über alle Unterlagen. Der Bürgermeister ersucht, diese auch offiziell im Gemeindeamt abzugeben. Michael Koss ergänzt, dass die Gemeinde Neudorf über Unterlagen verfügt, die Parndorf nicht hat. Der Bürgermeister kündigt an, bei der Urbarialgemeinde Neudorf nachzufragen, damit die Unterlagen auch Parndorf zur Verfügung gestellt werden. Gemeindevorstand Koss merkt an, dass selbst Neudorf nicht alle Unterlagen besitzt und sich bereits an die Landesregierung gewandt hat. Der Bürgermeister betont, dass er ohne vollständige Unterlagen in kein Gespräch gehen werde.

Auf Nachfrage von Stefan Vestl erläutert Gemeindevorstand Koss den Projektinhalt:

Die PORR beabsichtigt, in der Pannonia-Grube, die zum größten Teil auf Neudorfer Hotter liegt, die Bahnzufuhr auszuweiten. Parndorf würde dadurch trotzdem stärker vom LKW-Verkehr betroffen sein. Es gehe um die zusätzliche Anlieferung und Weiterverarbeitung von Abfällen. Von rund 300.000 Tonnen Material pro Jahr würden etwa 200.000 Tonnen wieder abtransportiert, 100.000 Tonnen verblieben in der Deponie Neudorf. Dies hätte erhebliche zusätzliche LKW-Fahrbewegungen zur Folge. Laut Pannonia sei das Betonwerk Wopfinger aus dem Deponieprojekt herausgenommen worden, wodurch die Anzahl der LKWs ohnehin reduziert wurde. Positiv sei, dass durch die Intervention der Gemeinden der für 2. Dezember 2025 geplante Verhandlungstermin in Neudorf abgesagt wurde.

Mag. Stefan Wallentich ergänzt, dass die Stoffliste sehr umfangreich sei und auch offen geschütteter Sperrmüll sowie Glasbruch vorgesehen wären. Insgesamt seien rund 36.000 LKW-Fahrbewegungen pro Jahr zu erwarten, zusätzlich zu den Zugtransporten. Angesichts der bekannten Windverhältnisse in der Region bewertet er die Situation als kritisch.

Michael Koss weist darauf hin, dass ein Teil des Materials in geschlossenen Containern transportiert werde. Unklar sei jedoch, ob es sich um 300.000 oder 500.000 Tonnen handle. Die Container

würden per Bahn angeliefert und anschließend per LKW weitertransportiert. Vorgesehen sei zudem ein Zwischenlager mit 16 Containern im Bereich der Bahnerweiterung.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass die Gemeinde bereits zweimal erfolgreich gegen eine Giftmülldeponie aufgetreten sei. Voraussetzung für ein gemeinsames Vorgehen sei jedoch, dass alle Beteiligten denselben Informationsstand haben. „So etwas kann man nur gemeinsam stoppen.“

Michael Koss merkt an, dass er bereits früher ersucht habe, die vorhandenen Unterlagen im Gemeindeamt zu kopieren – dies sei jedoch nicht erfolgt.

Gemeinderätin Eva Nebenmayer fragt nach, ob schon ein gemeinsamer Termin beim Land stattgefunden hat. Stefan Wallentich berichtet, dass er mit dem Landeshauptmann diesbezüglich gesprochen habe. Dieser kenne das Projekt nicht und werde es prüfen.

Mag. Stefan Wallentich weist darauf hin, dass das Verfahren nach dem AWG (Abfallwirtschaftsgesetz) geführt wird und der Verkehr darin nicht berücksichtigt wird.

Der Bürgermeister erwähnt, dass es auch andere Möglichkeiten zur Verhinderung von solchen Projekten gibt. Am Heidehofweg reicht eine Demonstration mit zwei Traktoren, um die Straße zu sperren.

Eva Nebenmayer stellt den Antrag, den vorliegenden Grundsatzbeschluss um zwei Punkte zu ergänzen:

1. Die Landesregierung soll prüfen, ob eine UVP erforderlich ist.
2. Es soll sichergestellt werden, dass beide Gemeinden denselben Informationsstand erhalten.

Michael Koss, Markus Aigelsreiter und Franz Peter Bresich schließen sich dem Antrag von Eva Nebenmayer an und damit wird folgender Grundsatzbeschluss einstimmig beschlossen:

Der Gemeinderat der Gemeinde Parndorf spricht sich einstimmig auf Basis der zuletzt rechtmäßig öffentlich zugänglichen Projektunterlagen gegen die Errichtung und den Betrieb des geplanten Abfallzwischenlagers mit Umschlagbereich von Bahn auf LKW auf überwiegend Neudorfer Hotter und teilweise Parndorfer Hotter aus.

Der Gemeinderat begründet diese Ablehnung insbesondere mit den zu erwartenden erheblichen zusätzlichen LKW-Fahrbewegungen, der Lärm- und Staubbelastung, möglichen Gefährdungen des Grundwassers, Erschütterungen, Umweltbeeinträchtigungen sowie dem Umgang mittelweiliger gefährlicher Stoffen.

Der zuständige Gemeindevorstand wird beauftragt, gemeinsam mit der Gemeinde Neudorf ein Gespräch mit der zuständigen Landesregierung zu vereinbaren, um die Bedenken der Gemeinden darzulegen und die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. An dem Gespräch sollen die Vertreter der beiden Gemeinden und Bürgerinitiativen teilnehmen. Zusätzlich sollte die Landesregierung prüfen, ob im vorliegenden Fall ein UVP-Verfahren durchgeführt werden muss.

Gleichzeitig muss sofort sichergestellt werden, dass sowohl die beiden Gemeinden als auch die Bürgerinitiativen über den gleichen Informationsstand bezüglich der Projektunterlagen verfügen. Dies kann nur durch die Weitergabe aller vorhandenen Unterlagen von Seiten des Betreibers, aber auch der Gemeinden und der Bürgerinitiativen intern erfolgen!

TOP. 10. WASSERLEITUNGSVERBAND Nördliches Burgenland, (00:56:00-01:00:00)

Der Vorsitzende erläutert, dass diese Wasserleitungen im gemeindeeigenen Grundstück im Bereich Walzwerk bereits vor Jahren verlegt wurden. Da das Projekt jedoch einer Förderung sowie der Kollaudierung durch das Land unterliegt, wird nun die Zustimmung der Gemeinde benötigt.

a) Übereinkommen, Grundstück Nummer 1785/316, EZ 2732

Ing. Thomas Trenker, Michael Koss, Markus Aigelsreier und Martina Hersich stellen sodann den gleichlautenden Antrag, dem vorliegenden Übereinkommen zuzustimmen. Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Das Übereinkommen ist Kopie dieser Niederschrift beigelegt.

b) Übereinkommen, Grundstück Nummer 1785/271, EZ 2128

Ing. Thomas Trenker, Michael Koss, Markus Aigelsreier und Martina Hersich stellen sodann den gleichlautenden Antrag, dem vorliegenden Übereinkommen zuzustimmen. Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Das Übereinkommen ist Kopie dieser Niederschrift beigelegt.

TOP. 11. KINDERGÄRTEN, Bedarfs- und Entwicklungskonzept 2026 (01:00:00-01:03:00)

Bürgermeister Ing. Kovacs berichtet, dass die Gemeinde Parndorf der Burgenländischen Landesregierung jährlich ein Entwicklungskonzept sowie eine Bedarfserhebung für die Kindergärten gemäß § 5 des Burgenländischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes 2009 (KBBG) vorzulegen hat. Diese Unterlagen dienen der Erstellung mittel- und langfristiger Prognosen des Landes hinsichtlich der voraussichtlichen Betriebskostenförderungen.

Im Rahmen dieser Erhebungen werden die organisatorischen Maßnahmen, die Kosten des Antragstellers für die Kinderbetreuungseinrichtungen, der Personalbedarf sowie die Kinderzahlen in den jeweiligen Gruppen dargestellt. Zusätzlich ist eine Prognose über die zukünftige Entwicklung für die jeweils folgenden drei Jahre zu erstellen und der geschätzte Bedarf an Betreuungsplätzen bekanntzugeben. Die vorliegenden Konzepte wurden in Abstimmung mit den Kindergartenleiterinnen erarbeitet. Derzeit sind vier Kinderkrippen, neun Familiengruppen und ein alterserweiterter Kindergarten in Betrieb.

Der Bürgermeister erläutert im Detail die aktuelle Gruppenszahl sowie die maximal möglichen Kapazitäten. Neu sei, dass künftig auch ohne Zustimmung der Landesregierung mehr Kinder in einer Gruppe aufgenommen werden können, wodurch derzeit ein deutlicher Spielraum bestehe. Die Entwicklung der vergangenen Jahre sei bemerkenswert: Vor wenigen Jahren gab es lediglich einen freien Platz, was zur Einleitung der Planung des Zubaus beim Kindergarten Schulgasse führte. Seither sei die Nachfrage rückläufig, die Geburtenrate ist deutlich gesunken. In Parndorf von 72 auf 41 Geburten im Jahr, in Neusiedl zeige sich eine ähnliche Entwicklung. Faktoren wie finanzielle Rahmenbedingungen, Bautätigkeit und die allgemeine Entwicklung im Baubereich würden die Entscheidung junger Familien für Kinder offenbar beeinflussen.

Nach aktueller Einschätzung sollte die bestehende Gruppenszahl für die kommenden Jahre ausreichen.

Mag. Stefan Wallentich informiert weiters, dass die Abteilung 7 aufgelöst wurde und die Zuständigkeiten nun bei der Bildungsdirektion liegen.

Auf Antrag von Michael Boschner werden die dargestellten Ist-Bestände sowie die angeführten Prognosen im Bedarfs- und Entwicklungskonzept 2026 einstimmig zum Beschluss erhoben. Die Bedarfserhebungen werden dem Protokoll in Kopie beigelegt.

TOP. 12. Communityhub Parndorf Grundsatzbeschluss Evaluierung (01:03:00-01:10:00)

Der Bürgermeister übergibt das Wort an den Vizebürgermeister. Dieser berichtet, dass die Gemeinde schon Mitglied der Energiegemeinschaft Raiffeisenbank ist. Das jetzt zusätzlich angebotene Service ist für die Gemeinde kostenlos. Die Energiegemeinschaft prüft mögliche Standorte für Photovoltaikanlagen und bietet verschiedene Modelle an: Sie planen, errichten und vorfinanzieren die Anlagen und verkaufen anschließend den erzeugten Strom an die Genossenschaft, wodurch die Investition refinanziert wird. Die Finanzierung erfolgt über den Sockelbetrag der Netzkosten. Der Eigenverbrauch der Gemeinde hat dabei Vorrang; erst danach fließt der Strom in das Modell der Energiegemeinschaft ein.

Es werden unterschiedliche Varianten geprüft, etwa PV-Anlagen mit Speicher oder in Kombination mit Stromtankstellen. Als besonders geeignet wird die große Dachfläche beim Sportplatz genannt. Weitere potenzielle Gebäude, darunter das Gemeindeamtshaus (OSG) und eine Erweiterung beim Kindergarten Emmerich Kalman-gasse, werden ebenfalls erhoben.

Für die Begehungen ist vorgesehen, dass jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter der Gemeinde anwesend ist. Für jede mögliche Anlage wird ein eigenes Datenblatt erstellt. Ein Beschluss über die tatsächliche Umsetzung erfolgt anschließend im Gemeinderat.

Gemeinderat Ing. Trenker erkundigt sich nach der Möglichkeit, Stromtankstellen mit weiteren Komponenten zu kombinieren.

Auf Antrag des Vizebürgermeisters Ing. Daniel sowie Gemeindevorstand Michael Koss und Gemeinderat Markus Aigelsreiter wird der vorgeschlagene Grundsatzbeschluss zur Annahme des Angebotes der Communtiyhub Parndorf einstimmig angenommen.

TOP. 13. BERICHTE (01:10:00-01:53:00)

a) Bauausschuss vom 13.01.2026

Reinhold Hermann, Obmann des Bauausschusses, bringt dem Gemeinderat das Protokoll über die Sitzung des Bauausschusses vom 13.01.2026 vollinhaltlich zur Kenntnis.

Er stellt den Antrag, das Protokoll mit einer Änderung bei Tagesordnungspunkt 2. Ansuchen zu Änderung des Bebauungsplanes, dass im letzten Absatz den Zusatz „Z.D3 oder Z.D4“ entfällt, da dieser im ursprünglichen Protokoll anders dargestellt war und zwischenzeitlich eine Empfehlung des Raumplaners AIR vorliegt, zur Kenntnis zu nehmen.

Mag. Stefan Wallentich betont, dass das Planungsbüro AIR hier in der Verantwortung stehe. Es sei mühsam, alles zu verstehen, wenn die Unterlagen nicht so verständlich aufbereitet sind. AIR müsste Pläne dazugeben damit man es nachvollziehen kann. Er weist darauf hin, dass es für jene, die an den Sitzungen nicht teilnehmen, wesentlich einfacher sei, wenn die Unterlagen klar strukturiert seien.

Reinhold Hermann ergänzt, dass die Pläne von der Bauabteilung stammen und dieses Thema im nächsten Bauausschuss erneut behandelt werde.

Der Gemeinderat nimmt das Protokoll mit der genannten Änderung einstimmig zur Kenntnis.

Das gegenständliche Protokoll ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Berichtes und wird als Kopie beigelegt.

Gemeindevorstand Znidaric berichtet, dass er aktuell 40 illegal abgestellte Fahrzeuge ohne Kennzeichen auf öffentlichen Grund gezählt habe. Er schildert die aktuelle Lage.

b) Prüfungsausschuss vom 22.01.2026

Obmann-Stellvertreter Reinhold Hermann bringt dem Gemeinderat den Bericht über die Sitzung des örtlichen Prüfungsausschusses vom 22.01.2026 vollinhaltlich zur Kenntnis.

Gemeindevorstand Michael Koss stellt zwei Fragen zu Tagesordnungspunkt 1 ARENA:

1. Personalkosten: Der Bürgermeister erläutert, [REDACTED]. Die Reinigungskräfte werden anteilig eingeteilt, grob mit einem Faktor von 0,15. Bei Veranstaltungen, etwa fünf pro Jahr, erfolgt eine zusätzliche Einteilung. [REDACTED] ist außerdem für die Einteilung der Reinigung der Volksschule zuständig.

2. Vorsteuerabzugsberechtigung: Der Bürgermeister gibt bekannt, dass diese nicht gefährdet sei. Die Grenze liege bei rund 2.900 Euro, die Einnahmen betragen rund 12.000 Euro. Die Abwicklung erfolgt über die BDO Steuerberatungskanzlei.

Der Bürgermeister erwähnt die bereits aufgezeigten gesendeten Anträge auf Bedarfszuweisungen der Gemeinde Parndorf. Gemeinderat Wallentich hatte diesbezüglich ja in einer früheren Sitzung gemeint, dass sie eventuell an die falsche Abteilung der Landesregierung gesendet wurden. Dies wurde überprüft und natürlich war die Vorgangsweise der Mitarbeiterin absolut korrekt. Er berichtet, dass laut Informationen manche Gemeinden mehr Bedarfszuweisungen erhalten hätten, als sie angesucht haben. Nur die Ansuchen von Parndorf werden offenbar nicht einmal beantwortet, wobei die Vergabe der Bedarfszuweisungen ganz allein beim Landeshauptmann liegt. Dies habe bei ihm für Unmut gesorgt.

Er weist darauf hin, dass die Buchhaltung sehr arbeitsintensiv sei. Früher seien Mittel parteiintern verteilt worden, ein einfaches Schreiben habe genügt. Heute sei ein umfangreiches Formular notwendig. In den vergangenen drei Jahren habe die Gemeinde lediglich den Sockelbetrag erhalten,

keinen Cent mehr. Obwohl dieses Thema im Ausschuss intensiv diskutiert wurde, sei im Protokoll dazu nichts festgehalten.

Gemeindekassier Ing. Kment kritisiert, dass der Verwaltung indirekt unterstellt werde, sie sei nicht in der Lage, Anfragen korrekt zu bearbeiten. In 19 Jahren sei lediglich ein einziges Schreiben retourniert worden. Diese Aussage habe ihn verärgert.

Gemeinderat Michael Boschner verweist auf eine entsprechende Aussendung der SPÖ und fragt nach einer Richtigstellung.

Gemeinderat Mag. Stefan Wallentich stellt klar, dass er sich damals mit einer Zwischenfrage erkundigt hat, wohin die damalige Anfrage tatsächlich gelangt sei, da er keine Antwort erhalten habe.

Zum Tagesordnungspunkt KBB – Sommertheater berichtet der Bürgermeister, dass die Planungen bereits weit fortgeschritten seien. Aufträge an Schauspieler seien vergeben, ebenso gebe es Schriftverkehr bezüglich der Bühne. Im Prüfungsausschuss wurde ja die Unterstützung für die KBB massiv hinterfragt. Für 2027 sei damit „der Zug abgefahren“. Vom Bauhof habe er den Hinweis erhalten, dass die bestehende Bühne und Tribüne nicht mehr den Anforderungen entsprechen. Alle Elemente müssten überprüft werden, der Auftrag dazu sei erteilt. Für 2026 habe er bereits seine Zustimmung gegeben.

Gemeinderat Ing. Jakob Skodler informiert, dass ein Vertrag mit dem Theatersommer abgeschlossen wurde, jedoch ohne Vereinsregisternummer. Sollte es sich um dieselbe Nummer handeln, gebe es keinen Rechtsnachfolger. Eine GmbH habe übernommen, jedoch seien laut Richtlinien keine Firmen förderfähig. Es müsse geklärt werden, ob der Verein weiterhin besteht. Kretschmar Sarah habe zugesagt, dies zu prüfen. Er regt an, künftig in allen Verträgen sowohl Firmen- als auch Vereinsnummern verpflichtend aufzunehmen.

Gemeindevorstand Michael Koss stellt die Grundsatzfrage, ob die Gemeinde überhaupt weiterhin Theaterveranstaltungen anbieten wolle.

Gemeinderat Markus Aigelsreiter weist darauf hin, dass die Gemeinde für sämtliche Aspekte haftet. Der Bürgermeister erläutert die Haftungsgrenzen: Für Bühne und Tribüne sei die Gemeinde verantwortlich, nicht jedoch für Sessel oder andere Ausstattung – dies falle in den Verantwortungsbereich des Veranstalters. Auch Fluchtwege seien entsprechend zu regeln.

Der Bürgermeister informiert, dass das anhängige Gerichtsverfahren laut seiner Information abgeschlossen sei. Es habe viel Aufregung gegeben, letztlich zahle jedoch jeder seinen Anteil. Man stehe nun vor einer neuen Rechtskonstruktion, die genau geprüft werden müsse: Wo liegen Risiken, wer trägt welche Haftung, wer ist Rechtsnachfolger? Dies werde im Prüfungsausschuss behandelt.

Er merkt an, dass es in Wahrheit genüge, wenn Gemeinderat Ing. Skodler Jakob feststelle, dass etwas überprüft werden müsse, dann muss sich der Prüfungsausschuss damit beschäftigen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Bericht einstimmig zur Kenntnis.

Der gegenständliche Bericht wird diesem Protokoll als Kopie beigelegt.

c) Verein Dialogforum vom 28.11.2025

Der Vizebürgermeister Ing. Daniel berichtet, dass die geplante dritte Piste bis auf Weiteres vom Tisch ist. Im Zuge der Sitzung des Dialog Forum Flughafen Wien am 28.11.2025, wurde außerdem beschlossen, dass das Dialogforum weiterhin bestehen bleibt.

Der Gemeinderat nimmt diesen Bericht einstimmig zur Kenntnis.

Reinhold Hermann ist während der Abstimmung nicht im Raum.

TOP. 14. Erweiterung befristete Bausperre, Verordnung (01:53:00-01:59:00)

Der Vizebürgermeister berichtet, dass der Gebietstyp im Bereich Bahnstraße (Malzer) hinsichtlich der vorgesehenen Wohneinheiten nicht mit den umliegenden Bereichen übereinstimmt. Aus diesem Grund wird die Erweiterung der Bausperre erforderlich.

Ing. Wolfgang Daniel stellt den Antrag, die Verordnung Zahl: SV-044-2-2025 für einen Teilbereich des von der 2. Änderung des Bebauungsplanes „Ortsgebiet“ der Erweiterung der befristeten Bausperrre bis zum Vorliegen der neuen Bebauungsrichtlinien zu erlassen. Markus Aigelsreiter und Michael Koss stellen den gleichlautenden Antrag. Der Gemeinderat beschließt einstimmig entsprechend der Anträge.

Mag. Stefan Wallenticch ist während der Abstimmung nicht im Raum.
Die beschlossene Verordnung wird dem Protokoll in Kopie beigelegt.

Michael Koss erkundigt sich bezüglich der OSG-Reihenhaus-Bauten in dem Gebiet nach Gerüchten, wonach sich im Boden Verunreinigungen befinden könnten.

Der Bürgermeister erläutert, dass vor dem Grundstückskauf Probenentnahmen durchgeführt wurden, die unauffällig waren. Mittlerweile wurde gebaut und die letzten sieben Häuser zur Straße hin können derzeit nicht umgesetzt werden. Es werden laufend Bodenproben entnommen. Nun seien Stoffe festgestellt worden, die man vor drei Jahren so noch nicht kannte. Die OSG ist natürlich bereit, die Verunreinigungen zu entfernen. Derzeit ist aber noch unklar, in welchem Ausmaß und wohin das Material gebracht werden müsse, da es hierzu noch keine eindeutigen Vorgaben gebe. Es handelt sich um PFAS-Belastungen. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass laut EU-Richtlinie diese Stoffe als besonders bedenklich gelten. Gleichzeitig ist es aber auch ein Stoff, der beispielsweise in vielen wasserdichten Sporttextilien vorkommen.

TOP. 15. BAUANGELEGENHEITEN Neudorferstraße 44 (01:59:00-02:02:00)

Ing. Thomas Trenker verlässt aufgrund von Befangenheit den Sitzungssaal.

Der Bürgermeister berichtet, dass im Zuge der Errichtung des Radweges in der Neudorferstraße der [REDACTED] damals die Zusage erteilt wurde, eine Einfahrt zu erhalten. Die [REDACTED] hat das Haus inzwischen verkauft und diese Zusage an die neuen Eigentümer weitergegeben. Reinhold Hermann stellt den Antrag, dieses Bauvorhaben an die Baubehörde 1. Instanz zu verweisen. Die Gemeinderäte Markus Aigelsreiter und Franz-Peter Bresich unterstützen den Antrag. Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Ing. Thomas Trenker nimmt im Anschluss wieder an der Sitzung teil.

TOP. 16. FLUGHAFENSPANGE, Stellungnahme Gemeinde zum Umweltverträglichkeitsgutachten (Audio 02:02:00-02:07:00)

Der Vizebürgermeister Ing. Wolfgang Daniel berichtet, dass die Frist im laufenden Verfahren bereits abgelaufen ist und die Gemeinde aufgrund der UVP-Relevanz Parteistellung hat. Es besteht die Möglichkeit, eine weitere Stellungnahme zum UVP-Gutachten abzugeben.

Er informiert, dass die Verhandlung über vier Tage geführt wurde. Die betroffenen Landwirte seien einzubeziehen. Seitens des Landschaftsschutzes wurden mehrere Themen angesprochen. Insbesondere wurde kritisiert, dass sich das Bauwerk nicht in das Landschaftsbild einfüge, auch wenn es architektonische Vorteile – insbesondere im Bereich der Überwerfung – aufweise.

Im Gutachten sei unter anderem die Thematik „kleinwüchsige Pflanzen“ enthalten. Dies entspreche der Stellungnahme des Sachverständigen. Die ÖBB werde auf die Gemeinde zukommen, um abzuklären, welche Variante bevorzugt wird.

Gemeindevorstand Znidaric merkt an, dass man froh sein könne, dass die ÖBB die Gemeinde überhaupt einbindet. Der Baubeginn sei für 2028 vorgesehen, die Fertigstellung für 2035.

Der Vizebürgermeister stellt den Antrag zur Abgabe einer Stellungnahme zum Umweltverträglichkeitsgutachten und weiteren Unterlagen (kt vom 02. Dez. 2025) wie in der Beilage vorbereitet.

Gemeindevorstand Christian Znidaric schließt sich dem Antrag an.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Die Stellungnahme ist in Kopie dieser Niederschrift beigelegt.

Christian Znidaric ersucht um eine Pause in der Zeit von 21:10 bis 21:17 Uhr.

TOP. 20. Allfälliges

a) (Audio 02:59:00-04:00:00) Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs gibt bekannt, dass die nächste Gemeinderatssitzung voraussichtlich am 19.03.2026 abgehalten wird.

Die Tagesordnung ist somit erschöpft und es wird nichts mehr vorgebracht.

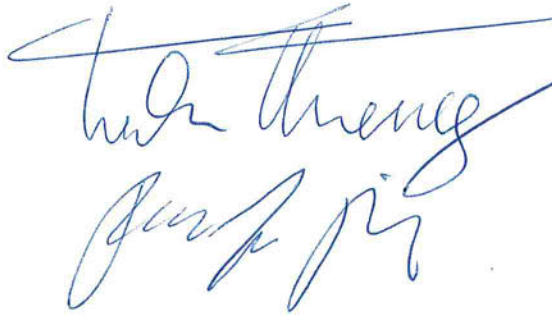
Der vorsitzende Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs dankt allen Erschienenen für ihre rege Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Der vorsitzende Bürgermeister:



Die Mitglieder des Gemeinderates:



Die Schriftführerin:

